

9. Februar 2000

*ES GILT DAS GESPROCHENE WORT*

## Regierungserklärung

Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel

# **ÖSTERREICH NEU REGIEREN**

Herr Präsident!

Hohes Haus!

Diese Rede richtet sich an Sie, an die Österreicherinnen und Österreicher, an unsere Partner in Europa und in der ganzen Welt. Diese Rede richtet sich auch an die Kritiker der letzten Tage. Diese Rede ist die erste Gelegenheit dieser Regierung, Stellung zu nehmen und zu sagen, wofür wir stehen und was wir tun werden.

Mit dem Jahr 2000 hat eine neue Epoche begonnen. Wir Österreicherinnen und Österreicher können am Beginn des 21. Jahrhunderts stolz sein: Wir hatten noch nie so gute Voraussetzungen für unser Land. Wir sind wirtschaftlich stark und wohlhabend, unsere Demokratie steht auf einem festen Fundament und wir können unseren Bürgerinnen und Bürgern hohe soziale Sicherheit anbieten. Das ist wichtig, denn jede demokratische und offene Gesellschaft braucht sichere Verhältnisse. Und Österreich ist eine stabile Demokratie.

Die Republik Österreich ist von sehr schwierigen Anfängen nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem wirtschaftlichen Musterland aufgestiegen. Die Österreicherinnen und Österreicher haben durch ihren Fleiß und ihren Einsatz das Land zum Blühen gebracht. Die Wirtschaft nützt heute ihre Chancen in Europa und weltweit. Die Arbeitslosigkeit sinkt und zählt zu den niedrigsten in Europa. Noch nie waren in Österreich so viele Menschen erwerbstätig wie heute. Die Prognosen für das Wachstum sind günstig und die Preise stabil wie nie zuvor. Das Land lernt immer besser, sich den neuen Anforderungen des weltumspannenden Wirtschaftens zu stellen. Unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind gut ausgebildet und weltweit geschätzt.

*- Das ist unsere ökonomische Erfolgsbilanz.*

Österreich ist heute eine stabile Demokratie. Unser Gemeinwesen funktioniert, unsere demokratische Reife drückt sich nicht zuletzt durch hohe Wahlbeteiligungen aus. Trotz der Demonstrationen in diesen Tagen sind radikale Auswüchse wie in vielen anderen Ländern in der Geschichte der Zweiten Republik ebenso selten wie große Streikbewegungen oder Konflikte mit Minderheiten. Unser gesellschaftlicher Grundkonsens, Polarisierung abzulehnen, und die Überzeugung, dass der demokratische Dialog zu den besten Lösungen führt, sind der Boden, auf dem Österreich gut gewachsen ist.

*- Das ist unsere demokratische Erfolgsbilanz.*

Unser Land zeichnet sich auch durch gelebte Solidarität aus. In seiner jüngeren Geschichte hat Österreich im Umgang mit Schwächeren, Hilfesuchenden, politisch Verfolgten und Opfern von Krieg und Vertreibung

immer wieder sein soziales Gewissen gezeigt und die Menschenrechte in die Tat umgesetzt. Österreich war immer ein offenes Land und wird es auch in Zukunft sein. Wir haben nach unserer großen Aufnahmebereitschaft in den fünfziger und sechziger Jahren für Ungarn und Tschechen auch in den neunziger Jahren während der Kriege in Süd-Osteuropa eine besonders große humanitäre Verantwortung übernommen. Mehr als andere Länder haben die Menschen in unserem Land die Türen für Flüchtlinge aufgemacht.

Und nicht nur das: auch die eigenen finanziellen Mittel haben Österreicherinnen und Österreicher in selbstverständlicher Solidarität mit Hilfesuchenden geteilt. Selbst Papst Johannes Paul II. hat Österreichs Spendenbereitschaft als beispielgebend bezeichnet.

Österreich zeichnet sich durch hohe humanitäre Standards aus. Nie hat die Republik Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg politische, demokratische und humanitäre Prinzipien verletzt. Niemand soll daran zweifeln, dass wir uns glaubhaft zu Toleranz, Offenheit und zur Wahrung der Menschenrechte bekennen. Das sind unverrückbare Elemente unseres Selbstverständnisses.

Die Österreicherinnen und Österreicher nehmen ihre Pflichten innerhalb des Generationenvertrages wahr. Das ist die seit Jahrzehnten gelebte und belastbare Solidarität zwischen Jung und Alt. Wir verfügen über hohe Standards bei der Altersvorsorge und wir haben ein im internationalen Vergleich gut funktionierendes Gesundheits- und Pflegesystem. Wir dürfen aber nicht vergessen, es gibt auch noch Armut in unserem Land. Trotzdem

haben nie in der Geschichte Österreichs so viele von uns in Wohlstand und sozialer Sicherheit gelebt.

*- Das ist unsere soziale Erfolgsbilanz.*

All das ist nicht patriotische Schönfärberei, sondern die realistische Beschreibung des Zustandes unserer Republik.

Dieses Österreich hat sich in den vergangenen Tagen nicht verändert. Bei manchen in- und ausländischen Beobachtern hat sich der Blickwinkel auf unser Land allerdings gewandelt. Österreich muss sich den Vorwürfen und Ängsten mit aller Offenheit stellen.

Viele Österreicherinnen und Österreicher haben aufgrund von Demonstrationen und medialer Berichterstattung plötzlich den Eindruck, die Welt sieht uns anders als wir uns selbst sehen. Unsere europäischen Partner und andere Länder nehmen Anstoß an der Regierungsbeteiligung der Freiheitlichen Partei. Von 15 Mitgliedsländern haben 14 beschlossen, die bilateralen Kontakte zum Partnerland Österreich einzufrieren. Härte, Ausmaß, Geschwindigkeit der Maßnahmen und die Art des Vorgehens haben Österreich schockiert.

Vieles von dem, was jetzt über Österreich berichtet wird, ist nicht gerechtfertigt. Vieles wird undifferenziert dargestellt. Dieser überzogenen Kritik halte ich entgegen: Alle in diesem Haus vertretenen Parteien stehen zu den Grundwerten der Demokratie. Aber ich will nicht verschweigen, dass es ein Problem der Worte, der Sprache und der Tonlage gibt. Es gilt für uns alle, dass wir in Zukunft mehr Sensibilität in unseren Äußerungen

walten lassen und mehr Feingefühl gegenüber anderen zeigen. Jeder muss bei sich selbst anfangen!

Die Kritik des Auslands hat bisher leider nach diesen Worten und nicht nach besseren Taten geurteilt. Es ist Zeit, die Skeptiker im In- und Ausland durch eine Politik der richtigen Taten und der richtigen Worte zu überzeugen.

Ich fordere alle Kritiker im Inland sowie unsere europäischen und transatlantischen Partner auf, ihre Vorurteile und vorgefassten Meinungen zu überdenken. Ich wünsche mir eine Abrüstung in Worten, Fairness in der Beurteilung und die Rückkehr zur Verhältnismäßigkeit politischer Aktionen. Die bilateralen Maßnahmen der 14 Länder finden im Geist und im Wortlaut der europäischen Verträge keine Deckung.

Natürlich wissen wir, dass andere in Europa Sorgen und Ängste haben. Auch viele Österreicher sind verunsichert und haben Angst. Sie wissen nicht, was passieren wird. Diese Ängste, die Sorgen und die ehrlichen Kritiken nehme ich sehr ernst. Das ist für mich und mein Team ein Auftrag zu mehr Sensibilität und Dialogbereitschaft. Wir müssen auf Vorurteile mit umfassender Information antworten und Vorverurteilungen durch breiten Dialog begegnen.

Daher haben wir auch das an sich für uns Selbstverständliche in einer Präambel zum Regierungsprogramm festgelegt. Diese Präambel könnte auch ein Angebot eines neuen gesellschaftlichen Gesamtkonsenses sein.

Hohes Haus!

Mit Beginn dieses neuen Jahrhunderts hat sich auch die politische Landschaft in Österreich verändert. Die Wähler haben sich am 3. Oktober für einen Wandel entschieden. Es gibt nun erstmals drei annähernd gleich große Parteien in unserem Land. Zwei davon haben sich zu einem gemeinsamen Bündnis gefunden. In der Demokratie muss ein friedlicher Wandel möglich sein. Das Grundverständnis der parlamentarischen Demokratie ist es, Wahlergebnisse anzuerkennen. Der Machtwechsel, der in diesen Tagen erfolgte, ist legitim.

Da die SPÖ Koalitionsgespräche mit der Freiheitlichen Partei ausgeschlossen hat und allein keine stabile Regierung zustande gebracht hätte, wären Neuwahlen in absehbarer Zeit unausweichlich gewesen. Deshalb hat die Österreichische Volkspartei die Einladung der SPÖ zur möglichen Bildung einer neuen Regierung angenommen. Wir haben ernsthaft daran gearbeitet, das bisherige Bündnis auf eine neue Basis zu stellen. Dieser Versuch ist gescheitert.

Um die Regierbarkeit unseres Landes nicht zu gefährden – die einzige Alternative wäre die Auflösung dieses gerade neu gewählten Parlaments gewesen -, hat die ÖVP nach dem Abbruch der Gespräche durch die SPÖ mit der FPÖ Verhandlungen aufgenommen und ein Koalitionsabkommen geschlossen. Auf Basis des gemeinsamen Programms von ÖVP und FPÖ hat Bundespräsident Dr. Thomas Klestil mich mit der Führung dieser Regierung beauftragt und auf meinen Vorschlag die neue Regierung

angelobt. Ich werde das Amt des Bundeskanzlers dieser Republik mit höchster Sensibilität und Verantwortung gegenüber den Menschen in diesem Land ausfüllen. Denn diese Regierung hat einen Auftrag vom Volk.

Diese Regierung zwischen ÖVP und FPÖ verfügt mit 104 Mandaten über eine Mehrheit und damit über einen soliden Rückhalt im Nationalrat. Diese Unterstützung ist notwendig, um jene Reformen und gesetzlichen Maßnahmen umzusetzen, die für Österreich zukunftsentscheidend sind.

Hohes Haus!

Wir stehen vor großen Herausforderungen. Die Welt verändert sich von einer lokalen zu einer globalen Gesellschaft. Wenn wir in der internationalen Entwicklung mithalten und die österreichische Erfolgsgeschichte fortschreiben wollen, müssen wir vieles erneuern. Auch wenn ich zu Beginn meiner Rede ein positives Bild der Situation Österreichs gezeichnet habe, werden konsequente Reformschritte notwendig sein, um in Zukunft das Gute zu bewahren und das notwendige Neue zuzulassen und zu gestalten.

Viele erstarrte Strukturen müssen aufgebrochen werden. Wir brauchen weniger Vorschriften und mehr Freiheit. Der Staat muss schlanker werden, die Verwaltung muss effizienter werden und näher zum Bürger kommen. Wir wollen die Wirtschaft von bürokratischen Fesseln befreien, Proporz und Parteibuchwirtschaft abschaffen und den Menschen mehr Mitentscheidungsrechte geben. Wir wollen ein Österreich, das seine

Chancen für die Bürgerinnen und Bürger aktiv, selbstbewusst und zukunftsorientiert nützt.

## **Wir werden Österreich neu regieren.**

Diese Bundesregierung hat ein Erneuerungsprogramm für Österreich erarbeitet, das Wohlstand erhält, Zukunftschancen eröffnet und soziale Sicherheit gewährleistet.

Leitlinien unserer Politik sind:

- Mehr Mut zur Zukunft statt Klammern am Alten
- Mehr Freiheit statt staatlicher Gängelung
- Mehr Eigenverantwortung statt Bevormundung
- Mehr Anerkennung der individuellen Leistung statt Gleichmacherei

## **Österreich neu regieren heißt: Europa erweitern und die Welt mitgestalten**

Unser Regierungsprogramm enthält ein nachdrückliches Bekenntnis zu Europa und zu den Grundwerten, die Europa ausmachen. Wir sind Österreicher und wir sind Europäer. Das hat die österreichische Bevölkerung vor fünf Jahren auch mit der höchsten Zustimmung für den EU-Beitritt zum Ausdruck gebracht, die je in einem Mitgliedsland erreicht wurde. Zum eingeschlagenen Weg der EU-Integration gibt es keine Alternative.



Die Teilnahme an der Europäischen Währungsunion war der letzte große Schritt. Bereits in 2 Jahren werden wir überall in Europa – von Lissabon bis Kopenhagen – mit dem EURO bezahlen können.

Österreich hat jetzt wieder eine historische Chance: Die Erweiterung der Europäischen Union. Unser Land liegt am Schnittpunkt zwischen Ost und West. Unsere Nachbarn, mit denen uns eine gemeinsame, lange und reiche Geschichte verbindet, kehrten nach 40 Jahren kommunistischer Diktatur und Unterdrückung wieder nach Europa zurück. Wir wollen, dass sie auch in unserem gemeinsamen Europa mit dabei sind. Nur das sichert Frieden und Stabilität. Die Erweiterung bringt uns sowohl ökonomische Vorteile wie auch neue gesellschaftliche und kulturelle Bereicherungen.

Es gilt das Friedens-, Stabilitäts- und Sicherheitsprojekt Europa aktiv mitzugestalten. Der Beitritt der Kandidaten ist in unserem Interesse. Vernünftige Übergangsregelungen werden dafür sorgen, dass es zu keinen Härtefällen oder Wettbewerbsnachteilen für Österreich kommt. Dabei werden wir konsequent für die österreichischen Anliegen zum Schutz der Arbeitsplätze, der Landwirtschaft und unserer Umwelt eintreten. Nachdrücklich werden wir darauf achten, dass Atomkraftwerke zu keiner Gefahr für unsere Bevölkerung werden.

Innerhalb der EU werden wir die Institutionen- und Demokratiereform forcieren. Es geht darum, die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der zukünftig noch größeren Staatengemeinschaft zu sichern und zu optimieren.

Wir werden stets darauf achten, dass die Dynamik der Europäischen Union nicht durch Bürokratie- und Verwaltungshemmnisse gebremst wird.

Die Bundesregierung bekennt sich zu einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Friede in Europa ist uns höchste Verpflichtung. Wir treten für die Schaffung einer europäischen Friedens- und Verteidigungsgemeinschaft ein. Österreich wird sich an einem gemeinsamen europäischen Sicherheitssystem einschließlich einer Beistandsgarantie beteiligen. Wir wollen unsere Beziehungen zur NATO vertiefen, um uns die Möglichkeit einer späteren Mitgliedschaft offen zu halten. Über die Weiterentwicklung der österreichischen Sicherheitspolitik wird letztlich das Volk entscheiden.

Wir werden auch unser Engagement innerhalb der Vereinten Nationen und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa verstärken. Österreich wird entschlossen für Abrüstung, Rüstungskontrolle und gegen die Verbreitung von Kernwaffen eintreten. Wir werden an internationalen Hilfs- und Solidaritätsaktionen teilnehmen. Es ist die Verantwortung eines reichen und wirtschaftlich entwickelten Landes, zur Linderung von Not und Elend in der Welt beizutragen.

Hohes Haus!

Österreich braucht ein stabiles Budget!

Warum ist die Stabilität des Staatshaushaltes die Kernaufgabe dieser Bundesregierung? Weil die Schulden von heute die Steuern von morgen sind! Und weil wir die Verpflichtung haben, unseren Kindern ein geordnetes Haus zu übergeben. Niemand kann auf Dauer mehr ausgeben als er einnimmt. Ein ausgeglichener Bundeshaushalt ist nicht zuletzt eine Verpflichtung gegenüber Europa und unserer gemeinsamen Währung EURO.

Wir wollen das Budgetdefizit bis zum Jahr 2005 auf 1,5 % des BIP senken. Die Maßnahmen dafür werden größtenteils durch Einsparungen getroffen. Die Bundesregierung wird bei sich selbst anfangen. Die Bundesminister werden zum Beispiel ihre Kosten bei den Ermessensausgaben, der Öffentlichkeitsarbeit und Repräsentationsausgaben deutlich senken.

Die öffentliche Verwaltung muss effizienter, schlanker, sparsamer und innovativer werden, damit das Geld der Steuerzahler besser und verantwortungsbewusster eingesetzt wird.

Mir ist durchaus bewusst, dass es nicht leicht sein wird, dieses Ziel zu erreichen. Vieles von dem, was heute von manchen als Bedrohung gesehen wird, muss durch Dialogfähigkeit und Überzeugungsarbeit beider Seiten - der Betroffenen und der Regierung - zu einem guten Ergebnis führen. Leistungsbereitschaft muss ein wichtiger Bestandteil einer modernen, öffentlichen Verwaltung sein.

Das Budget wird nachhaltig entlastet. Jeder 15. Posten im Bundesdienst (ausgenommen sind Schulen und Universitäten) wird eingespart. Sinnvolle Ausgliederungen (z.B. Universitäten) werden vorgenommen.

Mit den Personalvertretungen und Sozialpartnern sollen vernünftige Gehaltsrunden und neue Jahresarbeitszeitmodelle ausgehandelt werden.

Zum Stil dieser neuen Regierung gehört es auch offen zu sagen, dass wir ohne neue Einnahmen nicht auskommen werden. So wird es notwendig sein, die Tabaksteuer anzuheben, die Elektrizitätsabgabe um 10 Groschen pro Kilowattstunde zu erhöhen und die motorbezogene Versicherungssteuer anzupassen. Die Anhebung der LKW-Maut und des Vignettenpreises brauchen wir zum Ausbau und zur Modernisierung der Infrastruktur unserer Straßen und Autobahnen. Insgesamt aber wollen wir unsere Bürgerinnen und Bürger entlasten und nicht belasten.

Die Steuer- und Familienreform bringt seit 1. Jänner jedem Haushalt im Durchschnitt 10.000 Schilling mehr Einnahmen. Wir wollen eine Senkung der Mieten und durch die Liberalisierung des Strommarktes eine Senkung der Strompreise erreichen.

### **Österreich neu regieren heißt: Den Verwaltungsstaat zum Bürger- und Leistungsstaat entwickeln**

Seit vielen Jahren wird eine Neuorganisation der Bundesministerien diskutiert. Die neue Bundesregierung wird als eine ihrer ersten Maßnahmen eine Bereinigung der Ministerienkompetenzen vornehmen. Aufgaben

werden dabei zusammengefasst, um bessere Verwaltungsabläufe zu ermöglichen und um politische Entscheidungen effizienter umsetzen zu können. Seit 30 Jahren gibt es wieder ein integriertes Bildungsministerium. Zum ersten Mal gibt es ein Ministerium für Infrastruktur. Einer langjährigen Forderung zur Koordination von Forschung und Technologie sind wir ebenfalls nachgekommen. Wirtschaft und Arbeit stehen nicht mehr in Konkurrenz zueinander, sondern sind in einem Verantwortungsbereich zusammengefasst. Die Anliegen aller Generationen unter Einschluß von Themen wie Pensions- und Krankenversicherung können künftig in einem Ressort wahrgenommen werden. Die Kunstschaaffenden Österreichs haben zum ersten Mal einen der Ihren als kompetenten Partner in der Regierung.

Der Staat muss sich konsequent von Tätigkeiten und Kosten trennen, die nicht zu seinen Kernaufgaben gehören. Aus diesem Grund ist ein höchst ambitioniertes Privatisierungsprojekt im Regierungsprogramm festgeschrieben. Staatsbetriebe müssen marktfähig werden. Die ÖIAG erhält deshalb den Auftrag, so rasch wie möglich ein professionelles Privatisierungskonzept für Staatsdruckerei, Dorotheum, Printmedia AG, Flughafen Wien AG, PSK, Telekom und die Austria Tabak zu entwickeln und die Bundesanteile zu veräußern. Der Steuerzahler darf damit nicht mehr belastet werden. Die Privatisierungserlöse werden dabei nicht nur zur Schuldentilgung, sondern auch für Zukunftsinvestitionen verwendet.

Österreich muss aus seiner "Verstaatlichten"-Vergangenheit lernen: Kein Steuerschilling darf künftig in Unternehmen investiert werden, wo der Markt bessere und wirtschaftlichere Lösungen anbietet.

Die in der Verfassung verankerten Prinzipien der wirtschaftlichen Freiheit sind unsere Richtschnur für die Gestaltung des Wirtschaftslebens. Diese haben wir auch in einer eigenen "Charta der wirtschaftlichen Freiheiten" festgeschrieben.

### **- Neu regieren heißt: Demokratie stärken und Verantwortung wahrnehmen**

Diese Bundesregierung bekennt sich zu mehr Mitbestimmung und mehr Rechten für die Bürgerinnen und Bürger. Größere Rechtssicherheit, Schutz für Minderheiten und eine objektivierte Personalpolitik im öffentlichen Dienst sind Ziele, die die neue Bundesregierung konsequent verfolgen wird.

Wenn Volksbegehren mehr als 15 % der Stimmberechtigten erreichen und vom Nationalrat nicht dementsprechend behandelt werden, soll es künftig eine Volksabstimmung geben. So können Bürgeranliegen noch direkter in die politische Diskussion eingebracht werden. Wir werden die Briefwahl einführen und die Rechte für die Volksanwaltschaft ausweiten.

Wenn wir über die Zukunft der Jugend reden, dann müssen wir ihr auch etwas ganz Wesentliches mit auf den Weg geben: das Wissen um die Geschichte dieses Landes. Österreichs NS-Vergangenheit erfordert eine besonders wache und kritische Auseinandersetzung und die notwendige Sensibilität für die Strukturen und Mechanismen des nationalsozialistischen Unrechtssystems. Dieses Wissen und diese Sensibilität müssen wir den

künftigen Generationen als Mahnung für die Zukunft weitergeben. Einige wichtige Schritte wurden in den letzten Jahren bereits gesetzt.

Jetzt geht es darum, dass die Bundesregierung im Lichte des Zwischenberichtes der Österreichischen Historikerkommission die ehemaligen NS-Zwangsarbeiter unter Berücksichtigung der Verantwortung der betroffenen Unternehmen rasch entschädigt. Die neue Bundesregierung wird darauf drängen, dass die ehemaligen NS-Zwangsarbeiter so schnell wie möglich zu ihrem Recht kommen.

Die Bundesregierung wird sich auch für eine Lösung der übrigen noch offenen Fragen in diesem Zusammenhang einsetzen. Zwar werden erst nach Vorliegen des Endberichts der Historikerkommission alle Fakten darüber auf dem Tisch liegen, wie diese Republik nach dem Krieg mit den von den Nazis geraubten Vermögenswerten umgegangen ist, und inwieweit die gesetzten Maßnahmen ausreichend waren. Im Interesse der noch lebenden Opfer werden wir aber vor allem jenen Überlebenden des Holocaust, die von den bisherigen Maßnahmen nicht oder nur ungenügend erfasst waren und heute in schwierigen finanziellen Verhältnissen leben, rasch entsprechende Hilfe zukommen lassen.

### **- Neu regieren heißt: Die Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Gemeinden zeitgemäß gestalten**

Europa hat die historische Rolle von Bund, Ländern und Gemeinden auf eine neue Basis gestellt und verfolgt das Ziel, den Regionen neue Handlungs- und Gestaltungsspielräume zu geben. In Zeiten des globalen

Wettbewerbs wird für die Menschen die unmittelbare Umgebung und ihre Region immer wichtiger. Daher müssen die Stimmen der Länder und Regionen besser gehört werden. Die Gemeinden sind jener Ort, wo unsere Bürgerinnen und Bürger Heimat finden. Die Erhaltung und Stärkung der Finanzkraft der Gemeinden ist uns ein besonderes Anliegen. Unnötige und teure Doppelgleisigkeiten müssen abgeschafft werden. Der Bundesrat wird reformiert, wobei diese wichtige Institution für den notwendigen Föderalismus in Österreich zur Länderkammer aufgewertet werden soll.

#### **- Neu regieren heißt: soziale Gerechtigkeit schaffen**

Österreich braucht ein leistungsfähiges, gerechtes und treffsicheres Sozialsystem, das Benachteiligte und Bedürftige schützt und fördert. Der Missbrauch von staatlichen Transferleistungen ist jedoch unsozial und unsolidarisch. Er muss konsequent abgestellt werden.

Die Absicherung und Weiterentwicklung unseres Sozialsystems ist eine vordringliche Aufgabe für die neue Bundesregierung. Jeder, der Sozialleistungen braucht, soll diese ausreichend, sicher und schnell erhalten. Innerhalb unseres bewährten Sozialsystems gilt es, eine verbesserte Aufgabenverteilung zwischen Staat und privat zu finden. Wir wollen neben dem Wohlfahrtsstaat eine leistungsstarke und lebendige Wohlfahrtsgesellschaft etablieren.

Verantwortungsbewusst Politik machen heißt, für unsere Kinder eine gerechte und sichere Zukunft schaffen. Die Sicherung der Altersvorsorge muss mit Weitblick auf die nächsten Generationen über den Horizont der



heutigen Pensionsleistungen hinausgehen. Die Bundesregierung wird auf der Basis eines Dreisäulenmodells ein flexibles, modernes und leistbares Pensionssystem entwickeln. Dieses Modell meint die gesetzliche, staatliche Pensionsversicherung, die zusätzliche Betriebspension und die Altersvorsorge durch eigene Sparleistungen.

Die Lebensarbeitszeit sinkt, die Lebenserwartung steigt. Wir werden daher unser Pensionssystem den geänderten Voraussetzungen anpassen müssen. Österreich zählt derzeit zu den Ländern mit dem niedrigsten Pensionsantrittsalter. In ganz Europa wurde das Pensionsantrittsalter bereits angehoben. Über die notwendige Anpassung sollte auch in Österreich ein Parteienkonsens bestehen. Auch in den Verhandlungen mit der SPÖ wurde vom damaligen Finanzminister die Notwendigkeit einer Anpassung und Anhebung des Pensionsantrittsalters um zwei Jahre bei den Frühpensionen vorgeschlagen. Um soziale Härtefälle möglichst zu vermeiden, wird die Anhebung schrittweise um je 2 Monate erfolgen, bis schließlich 18 Monate erreicht sind. Lange Versicherungszeiten bleiben von der Anhebung ausgenommen. Gleichzeitig wird ein Bonus-Malus-System vereinbart, um die Leistungsfähigen und Leistungswilligen nicht um ihre wohlverwahrten Rechte zu bringen.

Eine aktive Arbeitsmarktpolitik hat für uns einen besonderen Stellenwert. Die neue Bundesregierung wird die Arbeitslosigkeit konsequent bekämpfen. Wir sehen den Wert der Arbeit auch in der Entfaltung der Persönlichkeit des Menschen entsprechend seiner Würde. Alle Interessengruppen im Land sind aufgerufen Maßnahmen zu setzen, die jüngeren Menschen neue Chancen am Arbeitsmarkt eröffnen und älteren

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Möglichkeit geben, länger im Arbeitsprozess zu verbleiben. Wir werden das Arbeitsrecht und die sozialen Schutzfunktionen den neuen Entwicklungen im Arbeitsleben anpassen. Wir wollen auch Schrittmacher bei der wirkungsvollen Beseitigung der Probleme am Arbeitsmarkt in der Europäischen Union sein.

Um die Mobilität in der Arbeitswelt zu erhöhen und den Berufswechsel zu erleichtern, wird ein neues Abfertigungsmodell geschaffen. Heute erhält nicht einmal jeder zweite eine Abfertigung im Laufe seines Berufslebens. Andere bekommen mehrere Abfertigungen. Bei diesem neuen Modell, das auf einem Pensionskassensystem beruht, soll der Arbeitnehmer selbst bestimmen können, ob er seine Ansprüche zur Aufbesserung seiner künftigen Pension anspart oder diese in Form eines größeren Betrages auszahlen lässt. Dieses neue Modell entspricht der modernen Arbeitswelt. Es ist leistungsfähiger und gerechter sowohl für Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer.

Mehr Fairness und besseres Service sind die Leitlinien unser sozialpolitischen Vorhaben. Mehr Fairness heißt zum Beispiel, dass es die gleiche Entgeltfortzahlung für Angestellte und Arbeiter im Krankheitsfall und bei Dienstverhinderung geben wird. Besseres Service heißt, dass es künftig nur mehr eine einzige "Soziale Servicestelle" auf Bezirksebene gibt.

Ein modernes Arbeitsmarktservice muss mehr sein als die Verwaltung von Arbeitslosigkeit. Die Bundesregierung hat sich das Ziel gesetzt, den Zugang zum Arbeitsmarkt für Arbeitssuchende besser zu organisieren. Wir

wollen den Abbau von Barrieren für private Arbeitsvermittler und eine konsequente Modernisierung und Marktorientierung des Arbeitsmarktservice (AMS), damit Arbeitslose schneller und erfolgreicher wieder eine Arbeit finden.

Langzeitarbeitslose sollen zu verpflichtenden Tätigkeiten im gemeinnützigen Bereich herangezogen werden können, um ihnen die Eingliederung in einen sinnvollen Arbeitsprozess zu ermöglichen.

Controlling ist in modernen Unternehmen selbstverständlich. Dieses Instrument muss auch in der Verwaltung eingesetzt werden, um die Treffsicherheit der politischen Entscheidungen zu garantieren und um Fehlentwicklungen rechtzeitig gegensteuern zu können.

In den Sozialversicherungen werden derzeit mehr als 10 Milliarden Schilling verwaltet. Hier sind Einsparungen möglich und müssen umgesetzt werden. Einiges ist bereits eingeleitet worden, aber es gibt noch viel zu tun. Modernität ist auch in der Krankenverwaltung gefragt. Die Chip-Karte, die sich als Instrument vielfältiger Informationen eignet und in anderen Ländern erfolgreich eingesetzt wird, soll die kostenintensive und altmodische Krankenschein-Bürokratie ablösen. Modernität muss auch hier einziehen. Moderate Selbstbehalte wird es nur dort geben, wo nicht sozial Schwächere betroffen sind. Sie werden nicht zentral verordnet, sondern von den Krankenkassen selbst entschieden und gelten nicht für Krankenhausaufenthalte.

**- Neu regieren heißt: Nicht in Legislaturperioden, sondern für Generationen denken**

Drehscheibe der Generationensolidarität ist die Familie. Sie braucht aus diesem Grund unsere besondere Unterstützung. Nicht nur die Pflege der Kinder, auch die Pflege der älteren Generation wird immer wichtiger. Wir werden deshalb die Aus- und Weiterbildung für pflegende Angehörige fördern.

Wir bekennen uns dazu, die Leistungen, die von den Familien für die Gesellschaft erbracht werden, ideell und materiell stärker anzuerkennen. Niemand will Frauen zurück an den Herd drängen. Wir wollen die Wahlfreiheit der Frauen stärken. Die überwältigende Mehrheit der Frauen ist heute berufstätig und jede Frau soll frei entscheiden können, ob sie nach der Geburt ihres Kindes für einige Zeit aus dem Arbeitsprozess aussteigt. Wenn sie das tut und die so wichtige Aufgabe der Kinderziehung leistet, ist es uns ein Anliegen, sie dabei finanziell zu unterstützen und vor allem jenen Gruppen einen Anspruch zuzubilligen wie Bäuerinnen, Hausfrauen und Studentinnen, die diese Unterstützung ganz besonders dringend brauchen. Wir wissen, dass diese sozialpolitische Maßnahme Mehrkosten mit sich bringt, aber diese neue Form des Kinderbetreuungsgeldes soll das Kindererziehen erleichtern.

Dass die Betreuung des Kindes bis zum 3. Lebensjahr besonders wertvoll ist, ist uns bewusst. Wir werden daher den Familien bei einer partnerschaftlichen Aufteilung der Karenzzeit mit einer Verlängerung um weitere 12 Monate entgegenkommen.

Wir werden das Karenzgeld ab 1.1.2002 erhöhen, davon soll ein Teil in eine Pensionsversicherung fließen. Außerdem fällt das Berufsverbot beim Karenzgeldbezug künftig weg.

Natürlich wissen wir, dass Geld allein nicht ausreicht, ein Kind zu erziehen. Es müssen auch die vielfältigen Angebote für die Kinderbetreuung zur Verfügung stehen. Dazu wird die Bundesregierung ihren Beitrag leisten.

Frauenpolitik ist nicht Familienpolitik. Die gesetzliche Gleichstellung der Frauen ist in Österreich längst erfüllt, die faktische Benachteiligung besteht bis heute. Wir bekennen uns zur gleichberechtigten Partnerschaft zwischen Mann und Frau. Ich habe mich immer dafür eingesetzt, Frauen im öffentlichen Leben zu fördern. Diese Bundesregierung wird die Gleichrangigkeit von Mann und Frau auf allen Ebenen unterstützen.

Wir haben konkrete Maßnahmen zur Förderung von Frauen und Mädchen im Schul- und Universitätsbereich festgeschrieben. Es wird besondere Hilfestellungen für Unternehmensgründerinnen geben. Wir werden Frauen den Wiedereinstieg ins Berufsleben erleichtern, die Möglichkeiten zur Telearbeit forcieren und flexible Arbeitszeiten begünstigen.

Hohes Haus!

Die Bundesregierung bekennt sich zu Toleranz, Offenheit und Wahrung der Menschenrechte. Das sind unverrückbare Eckpfeiler unserer Demokratie. Diese

humanitäre Grundhaltung wurde auch von beiden Regierungsparteien in einer eigenen Präambel zum Regierungsprogramm festgehalten.

In Österreich ist das Asylrecht garantiert. Das war immer so und wird auch in Zukunft so bleiben.

Bei neuer Zuwanderung haben Integration und Familienzusammenführung Vorrang. Bessere Integration ist eine Herausforderung, die die Politik aber nicht allein lösen kann. Vorurteile und Berührungängste müssen abgebaut werden. Voraussetzung dafür ist die Bereitschaft jedes Einzelnen, sich mit diesem Thema offen auseinander zu setzen.

Die Bundesregierung wird diesen Prozess erleichtern. Wir werden bessere Hilfestellung und zahlreiche Maßnahmen anbieten, damit ein friedliches Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft gewährleistet werden kann. So wird beispielsweise die Sprachförderung in den Kindergärten und in den Schulen ausgebaut, damit die erste Integrationshürde – eine andere Sprache - so rasch wie möglich abgebaut werden kann.

### **- Neu regieren heißt: größtmögliche Sicherheit schaffen**

Im Bereich der inneren Sicherheit legen wir den Schwerpunkt auf die Bekämpfung der organisierten Kriminalität, der Drogenkriminalität und des Schlepperunwesens. Aufgrund seiner geographischen Lage kann Österreich hier einen besonders wertvollen Beitrag leisten, um die organisierte Kriminalität zu bekämpfen.

Wir schaffen die gesetzliche Basis für moderne Ermittlungsmethoden. Zur Eindämmung des Schlepperunwesens wird es zur konsequenten Verfolgung und zu schärferen Strafen kommen. Außerdem werden wir die gesetzlichen Möglichkeiten zur Bekämpfung des Drogenhandels ausschöpfen und entschieden gegen Drogenkriminalität vorgehen.

Um der Exekutive die Arbeit zu erleichtern, wird es ein einheitliches Ausbildungskonzept geben.

Auch das Österreichische Bundesheer ist ein unverzichtbares Element, um Frieden, Freiheit und Stabilität zu garantieren. Österreich braucht ein zeitgemäßes Bundesheer. Eine Expertenkommission wird die Entscheidungsgrundlagen für die Umstellung auf ein Freiwilligenheer mit Milizkomponente und freiwilligen Zivildienst erarbeiten. Das Österreichische Bundesheer muss für Katastrophenhilfe, internationale Solidaritätsleistungen und Assistenzeinsätze besser ausgerüstet werden. Für die Anschaffung von Hubschraubern und die kostengünstige Beschaffung von Flugzeugen für die Luftraumüberwachung werden die finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt.

### **-Neu regieren heißt : Konsequente Wettbewerbs- und Standortpolitik betreiben**

Österreich ist ein exportorientiertes Land und unsere Wirtschaft steht im internationalen Konkurrenzkampf. Daher ist es eine wichtige wirtschaftspolitische Entscheidung der Bundesregierung, die Lohnnebenkosten nachhaltig zu senken. Das beinhaltet zahlreiche Maßnahmen: Aliquotierung des Urlaubs, Entfall des bezahlten Postensuchtages bei Selbstkündigung, Senkung der Beiträge bei

Aufrechterhaltung der Leistungen für den Insolvenzfonds, die Unfall- und die Arbeitslosenversicherung. Damit soll eine Entlastung der Arbeitsplätze bis zu 15 Milliarden Schilling erreicht werden.

Die Attraktivität des Standortes soll aber auch durch die Steuerpolitik unterstützt werden. Neben der mittelfristigen Senkung der Abgabenquote gilt es, bei aller Komplexität des modernen Wirtschaftslebens, eine Vereinfachung des Systems und eine Vereinfachung der Steuererhebung umzusetzen und den Rechtsschutz zu verbessern. Klar ist aber auch, dass die Steuerpolitik im Rahmen der budgetären Möglichkeiten die gesellschaftspolitischen Anliegen unterstützen muss, durch mehr Anreize zur Altersvorsorge, durch neue Absetzmöglichkeiten von Förderungen für die Unterstützung von Kunst und Kultur, aber auch durch neue Bedingungen für die Institutionen der Bürgergesellschaft.

Ein neues Unternehmensrecht muss Vereinfachungen für zeitgemäße Berufsrechte wie zum Beispiel für Steuerberater, Rechtsanwälte und Ärzte schaffen. Ebenso soll es zur Erleichterung einer "zweiten Chance" für Unternehmer kommen, die sich mit einer Geschäftsidee nicht durchsetzen konnten. Konkurs darf keine gesellschaftliche Ächtung mehr bedeuten.

Wir brauchen einen einfachen und unkomplizierten Zugang zur Selbstständigkeit. Durch umfassende Reformen des Unternehmensrechts und durch zentrale Anlaufstellen für alle bürokratischen Erfordernisse. Hier sind alle Institutionen dazu aufgerufen, ein optimales Umfeld zu schaffen, damit neue Unternehmen und neue Arbeitsplätze entstehen können.



Ein weiterer Liberalisierungsschub bei Öffnungszeiten, beim Arbeitszeitrecht sowie am Strom- und Gasmarkt soll ein flexibles, kundennahes und erfolgreiches Wirtschaften ermöglichen. Fairer Wettbewerb senkt die Preise für die Konsumenten.

Zur optimalen Anbindung des Wirtschaftsstandorts auf Straße, auf Schiene, im Wasser, im Flugverkehr sowie entlang von Daten- und Energienetzen müssen wir unsere Infrastruktur ausbauen und modernisieren. Das ist einer der entscheidenden Standortfaktoren für die Zukunft.

Die Verbesserung des Kartellrechts und die Schaffung des längst überfälligen einheitlichen Betriebsanlagenrechts werden wir so rasch wie möglich umsetzen. Die Bundesregierung legt ein klares Bekenntnis für einen konsequenten Rückzug der Politik aus den Märkten ab. Das bedeutet auch eine Liberalisierung des Kapitalmarktes und eine Entpolitisierung der Aufsichtsräte der staatsnahen Betriebe. Bei der Spekulationssteuer wird die Abschaffung geprüft. Mehr betriebliche Mitbestimmung statt starre überbetriebliche Regelungen sollen die Flexibilität an den Wirtschaftsstandorten ermöglichen, um sich rasch den schnell ändernden Bedingungen des Marktes anpassen zu können.

Der Reichtum Österreichs liegt auch in der Schönheit unseres Landes. Wir wollen daher unsere Naturräume erhalten, den ländlichen Raum stärken, eine nachhaltige und wettbewerbsfähige Landwirtschaft. Förderungen für die Landwirte müssen sozial gerecht und treffsicher gestaltet werden. Um den Landwirten bestmögliche Rahmenbedingungen zu gewährleisten und faire Wettbewerbsbedingungen zu schaffen, streben wir eine Preissenkung für landwirtschaftliche Betriebsmittel an. Damit das Unternehmen

Bauernhof neue Zukunftsmärkte erschließen kann, wird die Bundesregierung Investitionen in nachwachsende Rohstoffe, wie etwa Biodiesel, unterstützen.

Damit der ländliche Raum die Arbeitskräfte bekommt, die er braucht, wird eine unbürokratische Regelung für Saisoniers und Erntehelfer kommen. Auf europäischer Ebene ist es das Ziel, für die optimale Umsetzung der AGENDA 2000 zu sorgen, und die EU-Agrarpolitik gemeinsam mit unseren europäischen Partnern weiterzuentwickeln.

Grundlage der österreichischen Umweltpolitik ist das Leitbild der ökosozialen Marktwirtschaft. Weil Schadstoffe und Umweltrisiken keine Grenzen kennen, muss Umweltpolitik weit über die Staatsgrenzen hinaus betrieben werden. Österreich hat in diesem Bereich seit langem eine Vorreiterrolle in Europa. Wir werden auch künftig Maßnahmen setzen, um Schadstoffe in Treibstoffen und Ozon-Vorläufersubstanzen zu reduzieren, zum Beispiel durch die Forcierung neuer Motortechnologien.

Die Förderung von Umwelttechnologien, erneuerbaren Energieträgern und Energieeffizienz ist nicht nur für die Verbesserung der Umweltsituation erforderlich, sondern auch ein wichtiger Beitrag, damit sich Österreich in diesem Bereich zum internationalen Technologieführer entwickeln kann. Bei der Gentechnik werden wir den bewährten Weg der sorgfältigen Beurteilung von Produkten und Neuentwicklungen weitergehen, damit es keine Gefahren für die österreichischen Konsumenten gibt.

## **Neu regieren heißt: Bildung als Rohstoff des 21. Jahrhunderts in den Mittelpunkt stellen**

Ein Staat, der in Bildung investiert, sichert die Lebens- und Arbeitschancen der Menschen und stärkt die Wirtschaft. Wir werden uns deshalb mit aller Kraft der Sicherung der Qualität und der Weiterentwicklung der Bildungsangebote mit zukunftsweisenden Inhalten widmen. Die Ressourcen für Bildung und Wissenschaft müssen effizient eingesetzt werden, um die weitere Internationalisierung und Technologieoffensive zu ermöglichen. Unsere Jugend soll durch besonders gute Fremdsprachenvermittlung und durch eine "Computermilliarde" die Voraussetzungen erhalten, ihre Arbeitsplatzchancen zu verbessern.

Qualifizierte Mitarbeiter, Facharbeiter und Absolventen der berufsbildenden mittleren und höheren Schulen sind eine der größten Stärken der österreichischen Wirtschaft. Deshalb setzt sich diese neue Bundesregierung das klare Ziel, gemeinsam mit den jungen Menschen in den Lehrberufen und gemeinsam mit den Unternehmen und den Schulen für die bestmögliche Ausbildung zu sorgen. Wir wollen sorgsam mit der Lebenszeit junger Menschen umgehen und bereits erworbenes Wissen für weiterführende Ausbildungen anerkennen.

Die Bedeutung des lebensbegleitenden Lernens für die berufliche Sicherheit und Weiterentwicklung wird immer wichtiger, deshalb wollen wir mit einer umfassenden Regierungsoffensive den Erwachsenen- und Weiterbildungsbereich fördern und innovative Formen der Weiterbildung besonders in neuen Berufsfeldern unterstützen.

Unsere Universitäten erbringen international anerkannte Leistungen auf höchstem Niveau. Wir wollen sie zu einer echten Selbstständigkeit mit mehrjährigen Leistungsverträgen führen. Sie sollen künftig ihre Budget- und Personalgestaltung vollkommen eigenständig vornehmen. Mit einem modernen, leistungsorientierten Dienstrecht wollen wir jungen Akademikern zusätzliche Chancen bieten und die Mobilität zwischen den Berufsfeldern fördern.

Die wichtigste Innovation der letzten Jahre war der Aufbau von Fachhochschulen. Unser Ziel ist es, dass künftig ein Drittel aller Studenten ein Fachhochschulstudium absolviert.

Durch eine umfassende Strukturreform und durch Reformen im Studienangebot sowie durch den Einsatz moderner Technologien werden wir die Verkürzung der Studiendauer wirksam vorantreiben. Verwaltungsvereinfachungen und Entbürokratisierung sollen Studierenden helfen, Zeit zu sparen.

Weltklasseforschung und Spitzentechnologie sind die Basis für Innovationskraft und Erfolge auf den Märkten von morgen. Wir haben uns daher das Ziel gesetzt, die Forschungsquote auf 2,5 % des Bruttoinlandsproduktes bis 2005 anzuheben.

Mit der Einrichtung eines Rates für Forschung und Technologieentwicklung werden wir die Festlegung von nationalen Schwerpunkten im

Forschungsbereich ermöglichen und damit verstärkt wirtschaftliche Entwicklungseffekte stimulieren.

### **Neu regieren heißt: Kunst und Kultur nicht vereinnahmen**

Bildung, Wissenschaft und Kultur schaffen die Grundlage für unsere Zukunft. Gemeinsame Zielsetzung für diese Bereiche sind Vielfalt und Autonomie, Offenheit und Internationalisierung.

Kunst und Kultur haben in Österreich einen besonderen Stellenwert. Wir bekennen uns zur Freiheit der Kunst. Niemand muss befürchten verfolgt zu werden. Künstler brauchen keine politische Bevormundung, sondern stimulierende Rahmenbedingungen für ihr Schaffen.

Wir wollen die Kulturarbeit durch mehrjährige Förderverträge mit regelmäßiger Evaluierung besser planbar machen und die regionale Verteilung der Kunstförderung ausgewogener gestalten. Zur besseren Sicherung, Pflege und Präsentierbarkeit des österreichischen Kulturguts werden wir eine Österreichische Nationalstiftung einrichten. Gemeinsam mit der Digitalisierung des kulturellen Erbes Österreichs und der Modernisierung unserer Museen wird sichergestellt, dass Kunst und Kultur einem breiteren Publikum zugänglich gemacht werden. Wir werden auch Architekturschwerpunkte im Wohnbau und bei öffentlichen Bauten setzen. Kunst und Kultur gehört allen!

In unserem Bemühen, Österreichs Geschichte und ihre Konsequenzen für Gegenwart und Zukunft breitenwirksam aufzuarbeiten und darzustellen,

werden wir die vorliegenden Konzepte für ein "Haus der Geschichte der Republik Österreich" bzw. ein "Haus der Toleranz" zusammenführen.

Als Zukunftsthemen im Kulturbereich sehen wir die Stärkung des Filmstandortes Österreich und die Bereitstellung von Risikokapital für Österreichs Kreativwirtschaft. Wir werden die Künstlersozialversicherung und die steuerliche Absetzbarkeit bei Kunst- und Kulturinvestitionen einführen.

Liberalisierung ist auch im Mediensektor unumgänglich. Dafür werden wir die die gesetzlichen Rahmenbedingungen so rasch wie möglich schaffen. Um den technologischen Entwicklungen im Medienbereich Rechnung zu tragen, wird es eine unabhängige Einrichtung für Telekommunikation und Informationstechnologien geben. Sie wird unter anderem auch sämtliche Programm- und technische Lizenzen für flächendeckendes Privatfernsehen und Privatrado erteilen.

### **- Neu regieren heißt: Gesundheit fördern und die medizinische Qualität sichern**

Damit die Qualität der Gesundheitsversorgung erhalten und neue medizinische Kenntnisse rasch berücksichtigt werden können, wollen wir das Gesundheitssystem "fit" für die Anforderungen der Zukunft machen.

Wir werden sicherstellen, dass es für alle Bürger den gleichen Zugang zu allen medizinischen Leistungen gibt, und dass die Patientenrechte gestärkt werden. Zu einem leistungsstarken Gesundheitssystem zählt auch die Information der Patienten über die medizinische Leistungserbringung. Wir

wollen damit Transparenz und Kostenbewusstsein für die Leistung der sozialen Krankenversicherungen schaffen. Damit Österreichs Patienten optimal versorgt werden, wollen wir ein verpflichtendes Qualitätssicherungssystem für das gesamte Gesundheitswesen einführen und in der ärztlichen Grundausbildung den Patientenbezug erhöhen. Um die Position Österreichs in der internationalen Forschung zielgerichtet weiterzuentwickeln, soll es zur Bildung von Forschungsschwerpunkten kommen.

Um Krankheitsrisiken und damit verbundene Kosten soweit als möglich zu senken, wird ein nationaler Plan zur Gesundheitsförderung und -vorsorge entwickelt. Mehr Vorsorgemedizin schafft bessere Lebensqualität.

Deshalb ist es der Bundesregierung auch ein besonderes Anliegen, den Sport in Österreich zu fördern. Es soll mehr Sportangebote für Kinder und Jugendliche geben. Bewegungserziehung wird künftig bereits im Kindergarten verankert.

Hohes Haus!

Wir wollen diese Regierungsperiode mit einem mutigen Erneuerungsprogramm für Österreich starten.

**Wir wollen Österreich neu regieren**, um für alle Österreicherinnen und Österreicher die besten Voraussetzungen für ihre Zukunft zu schaffen. Alle Bürgerinnen und Bürger haben das Recht auf eine Regierung, die nicht nur verwaltet, sondern die Zukunft aktiv gestaltet. Deshalb ist es für uns besonders

wichtig, die Probleme offen anzusprechen, die richtigen Lösungen zu entwickeln und die Maßnahmen rasch umzusetzen. Wir brauchen in diesem Land eine neue politische Kultur der Rechtzeitigkeit und der Offenheit.

**Neu regieren** heißt für uns den Dialog mit den Bürgern und allen Interessengruppen im Land zu suchen und neu zu organisieren.

**Neu regieren** heißt, Politik transparenter und kontrollierbarer zu machen. Eine lebendige Demokratie lebt von der Balance zwischen Regierung und Opposition. Ich möchte sie ausdrücklich zu einer konstruktiven Oppositionspolitik einladen. In der Diskussion der politischen Konzepte und im Wettstreit der Argumente entstehen die besten Lösungen für unser Land. Die Kultur unserer Politik wird auch daran gemessen werden, wie wir einen neuen Stil in den Debatten in diesem Haus einleiten.

**Neu regieren heißt auch**, dass wir uns gemeinsam um eine politische Kultur bemühen müssen, die das Konstruktive in der Diskussion sucht, das Wohl des Staates vor das Wohl der Parteien stellt und die unserer Verantwortung für die Zukunft Österreichs gerecht wird.